



Friddensmarsch

Ouschterméinden 18. Abrëll, 15 Auer Stad Lëtzebuerg

(Treff Glacis, Friddensmarsch op d'Place Hamilius, Ofschlossmanifestatioun)

Mir ruffen all Bierger.innen an Associatiounen op, sech um Friddensmarsch ze bedeelegen. Et geet em eis aller Zukunft! NEE ZUM KRICH!

Kriegshysterie mitten in Europa; Aufrüstung allenthalben; die Pariser Klimaziele rücken in weite Ferne; in der Pandemie sind die sozialen Ungleichheiten massiv gewachsen; Diskriminierung und Hass nehmen in den sozialen Netzwerken auf erschreckende Weise zu.

Die Organisatoren des Friddensmarsch 2022 OGBL und Friddensplattform haben die Nase gestrichen voll.

Der diesjährige Friddensmarsch steht unter den Slogans:

- **Stoppt de Krich an der Ukraine a weltwäit**
- **Fir Diplomatie amplaz Krichshysterie**
- **Fir Ofrëschtung an d'Ofschaffen vun Massevernichtungswaffen**
- **Fir eng konsequent Klimapolitik**
- **Fir sozial Gerechtegkeet**
- **Fir en solidarescht Zesummeliewen**

Wir fordern „Stoppt de Krich“ – sofort. Der völkerrechtswidrige Krieg Russlands gegen die Ukraine ist durch nichts zu rechtfertigen. Sofortiger Waffenstillstand, Rückzug aller russischen Truppen aus der Ukraine.

Zwischenstaatliche Konflikte können weder mit Aufrüstung noch mit Kriegshysterie einer Lösung zugeführt werden. Entspannung muss das Gebot der Stunde sein. Es gibt keine Alternative. In einer global vernetzten Welt können Konflikte nicht mehr durch Gewalt, Aufrüstung und Krieg einer friedlichen und ausgewogenen Lösung zugeführt werden. Wer Frieden will, muss sich den Frieden durch Diplomatie erarbeiten.

Die von allen Atomwaffenstaaten vorangetriebene massive Modernisierung ihres tödlichen Waffenarsenals verschlingt Milliarden an Geldmittel. Ein Atomkrieg ist eine reale Gefahr. Die Bedrohungsszenarien werden von der Organisation „Bulletin of the Atomic Scientists“ in einem symbolischen Uhrenindex gebündelt. Die „Doomsday-Clock“ steht aktuell auf 100 Sekunden vor Mitternacht, so nah wie nie zuvor am Abgrund. Diese Zeiteinstellung geschah vor dem Ukraine-Krieg.

Der Weltklimarat IPCC stellt fest, dass die Auswirkungen des Klimawandels weit größer seien als unsere Bemühungen, uns ihm anzupassen. Es gehe für die Wissenschaftler nicht mehr nur um wissenschaftliche Vorhersagen für die Zukunft, sondern um „extreme Ereignisse und langsam beginnende Katastrophen, die die Menschen jetzt gerade erleben“.

Die Corona-Pandemie hat die sozialen Ungleichheiten weltweit beschleunigt. Auch in Luxemburg werden immer mehr Menschen an den Rand der Gesellschaft gedrängt. Für viele Menschen ist die Beseitigung dieser

sozialen Ungleichheiten eines der dringendsten Probleme, die innerhalb der Europäischen Union gelöst werden müssen.

Es ist erschreckend wie sich „Hate Speech“ innerhalb der sozialen Netzwerke und in den Kommentarspalten der Medien rasant verbreiten. Menschenverachtung wird offen zur Schau gestellt. Rassismus, Antisemitismus, Sexismus, Hass gegen Minderheiten tragen zur Verrohung des öffentlichen Diskurses bei und müssen als ernsthafte Gefahr für unsere demokratischen Werte angesehen werden.

Wir fordern von der luxemburgischen Regierung

- Mit den ihr zur Verfügung stehenden Mitteln, auf allen Ebenen, der UNO, der OSZE, der EU oder der NATO auf diplomatische Lösungen im Ukraine-Konflikt setzen;
- Sich für konsequente Abrüstungsschritte einzusetzen. Mehr Waffen schaffen keinen Frieden;
- Keine Erhöhung des Militärbudgets, Mittel für zivilgesellschaftliche auf Frieden hinzielende Lösungsansätze und für eine gerechte und solidarische Nord-Süd-Politik verwenden;
- Sich dem Atomwaffenverbotsvertrag anzuschließen;
- Keine Militarisierung der Europäischen Union;
- Sich konsequent in der EU und in der NATO für eine neue europäische Friedensordnung im Rahmen der OSZE einsetzen;
- Besonders die kleinen Staaten in der EU und die Zivilgesellschaft Europas müssen die Idee eines gemeinsamen europäischen Hauses vorantreiben;
- Sich konsequent für die Ziele des Pariser Klimaabkommens einsetzen;
- Den Krieg nicht als Argument für Sozialabbau zu missbrauchen;
- Sich für einen starken und solidarischen Sozialstaat einsetzen;
- Sich für eine offene, tolerante und solidarische Gesellschaft einsetzen.

Wir müssen uns alle bewusster werden, dass den allerwenigsten Bedrohungen, allen voran Klimawandel und Ressourcenknappheit, Pandemien, Cyberkonflikten oder Terrorismus sich nicht mit militärischen Mitteln wirksam beikommen lässt!

Wir wollen eine solidarische Gesellschaft in der wir gemeinsam Lösungen für die dringendsten Herausforderungen unserer Zeit, den Frieden, den Klimawandel und die soziale Gerechtigkeit für die kommenden Generationen finden.